

Gemeinsame Stellungnahme

Lokalverein Innenstadt Fr. i Br. e.V.
Arbeitsgemeinschaft Freiburger Bürgervereine
Bürgerverein Stühlinger e.V.
Bürgerverein Betzenhausen-Bischofslinde e.V.
Bürgerverein Freiburg-Mooswald e.V.

Keine Kürzungen beim Vollzugsdienst Sicherheit für Frauen - Sicherheit für alle

13.04.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

im Zuge der Beratungen zum Doppelhaushalt 21/22 soll, nach dem Willen von Grünen, ESFA und JUPI der städtische Vollzugsdienst VD um 6 Stellen, von 17 auf 11 gekürzt werden. Die Grüne Fraktion beantragt gleichzeitig zusätzliche Stellen für den Gemeindevollzugsdienst, damit mit mehr Personal mehr Strafzettel für den ruhenden Verkehr verteilt werden können. Weite Teile der Bürgerschaft und ihre Vertretungen (Bürgervereine, Initiativen) sowie von Handel, Gastronomie, die Klagegemeinschaft beim Verwaltungsgericht zur Umsetzung der Polizeiverordnung in der Stadt Freiburg am Beispiel Augustinerplatz sowie einzelne Kirchen sind über den Antrag entsetzt und haben in den letzten Wochen ihre Argumente gegen die geplante Kürzung vorgetragen (vgl. Stellungnahmen im Anhang der Drucksache G-21/099 vom 1.04.2021). Denn allen ist klar: die beabsichtigte Kürzung des VD um etwa 1/3 ist sachlich nicht gerechtfertigt, sondern nur ideologisch begründet.

Der Gemeinderat hat am 26.02.2019 (Drucksache G-19/056) mehrheitlich die Erweiterung des VD um sechs weitere Vollzeitkräfte und der Straßensozialarbeit um weitere vier unbefristete Vollzeitstellen beschlossen. Den Bürgerinnen und Bürgern der Innenstadt und zahlreicher Stadtteile ist vollkommen unverständlich, wieso die gleichen Fraktionen zwei Jahre später die Kürzung nur des VD beantragen. Ein Blick in die Drucksache G-21/099 (Seite 5 und 6) zeigt: bei rund 26 000 festgestellten Ordnungswidrigkeiten sprach der VD in rund 24 770 Fällen mündliche Verwarnungen aus, in nur 4,5 % der Fälle erfolgten schriftliche Verwarnungen oder Bußgeldverfahren. Die Bürgerschaft kann nicht nachvollziehen, worin die wiederholte von Mitgliedern der eingangs genannten Fraktionen genannte „...jetzige repressive Auswirkung der kommunalen Sicherheitspolitik“ bestehen soll (Zitat Fraktion JUPI im aktuellen Bürgerblatt Betzenhausen-Bischofslinde). Der Drucksache ist weiterhin zu entnehmen, dass in 45 Fällen eine aktive Streitschlichtung durch den VD, zur Vermeidung von Körperverletzungen, erfolgte. Äußerungen wie von Stadtrat Felix Beuter, ESFA, gegenüber der BZ vom 24.03.2021: „Der VD verhindert vielleicht eine Störung des Konsums, fördert aber keine Sicherheit“ führt bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Unverständnis und Vertrauensverlust.

Noch weniger verstehen die Unterzeichnerinnen, dass die nächtliche Sicherheitslage der Frauen der ideologischen Debatte preisgegeben wird: Drucksache G-21/099 führt (Seite 5) auf, dass der VD in mindestens 23 Fällen Frauen aus „konkreten Bedrängnissituationen herausgelöst und bis nach Hause bzw. zum ÖPNV begleitet“ hat. In diesen Fällen wurden Eskalationen, die für die Frauen zu einem bösen Ende hätten führen können, durch das Eingreifen des VD verhindert.


Das mit dem Land und den städtischen Ämtern unter Zustimmung des GR beschlossene Gesamtpaket zeigt Wirkung. Wir bitten die Gemeinderätinnen und -räte der eingangs genannten Fraktionen sehr darum, das Erreichte nicht zu gefährden und die Konsequenzen einer Kürzung des VD zu bedenken: Die Sicherheitspartnerschaft mit dem Land würde gefährdet, das beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim ruhende Verfahren gegen die Stadt Freiburg, das erstinstanzlich von klagenden Anwohnern gewonnen wurde, würde wieder aufgenommen. Dabei könnten erneute gerichtliche Auflagen für die Stadt viel teurer werden. Und bei zukünftig auftretenden Konfliktlagen oder schweren (Sexual-) Delikten würde stets die Frage im Raum stehen, ob diese mit einem Festhalten an der Sicherheitspartnerschaft im bestehenden Umfang nicht hätten vermieden werden können.


Wir können deshalb nicht glauben, dass weitreichende Entscheidungen gegen einen deutlich artikulierten Willen der Bürgerinnen und Bürger und der Stadtverwaltung getroffen werden sollen. Es wäre absurd, wenn ein Gemeinderat die eigene Stadtverwaltung in Rechtsstreitigkeiten verwickelte und Unfrieden stiftete, eine erfolgreiche Sicherheitspartnerschaft gefährdete und die eigene Stadt zwänge, sich vertragsbrüchig zu verhalten. Auch Handel, Gastronomie und Hotellerie brauchen für eine gute Entwicklung eine saubere und sichere Umgebung, für einen Re-Start unter Pandemiebedingungen noch mehr als sonst.


Sehr geehrte Damen und Herren, den Unterzeichnerinnen ist sehr bewusst, dass es Ihnen wie uns um das Wohl unserer Stadt geht. Dazu passen die beabsichtigten Kürzungen nicht. Mit sechs Mitarbeiter_Innen weniger kann der Schutz der Nachtruhe, die Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt nicht wie bisher aufrechterhalten werden. Es gibt für diese Anträge kein Verständnis in der Bürgerschaft, sondern nur Kopfschütteln und Unverständnis.

In der Hoffnung, dass am Ende weitreichende Entscheidungen nicht gegen einen breiten Bürgerwillen getroffen werden und unsere Stadt beim wichtigen Thema Sicherheit keine schwerwiegenden Nachteile erfahren muss, verbleiben wir,

Mit freundlichen Grüßen


Anca Rosler-Koslar
Vorsitzende Lokalverein Innenstadt e.V.


Ingrid Winkler
Vorsitzende AFB


Daniela Ullrich
Vorsitzende Bürgerverein Stühlinger


Beate Diezemann
Vorsitzende BV Betzenhausen-Bischofslinde


Ursula Jautz
Vorsitzende Bürgerverein Freiburg-Mooswald e.V.

Nachrichtlich: Ämter der Stadt, Presse